

Gesetz festgelegten Qualitätsverbesserungen schaffen uns durch die Gewinnung wertvoller Nebenprodukte die erste fühlbare Hilfe in der Ordnung der Fett- und Eiweißfrage. Denn wir können diese Nebenprodukte für die Leistungssteigerung unserer Viehbestände nutzen. Die Regierung wird alle Möglichkeiten wahrnehmen, die sich ihr bieten, und es wird in relativ kurzer Zeit durch eine sorgfältige Marktbeobachtung möglich sein, zu prüfen, wieweit da und dort weitere Qualitätsverbesserungen vorgenommen werden können und was dadurch alles in den Dienst des zentralen Futtermittelfonds gestellt werden kann. Hier gibt es auch für die Industrie noch Aufgaben. Die Wissenschaft ist ständig damit befaßt, bisher nicht erschlossene Wege freizulegen und Reserven zu erschließen.

Die zweite Betrachtung, meine Damen und Herren, ist eine rein politische. Gewiß werden unserer Landwirtschaft mehr Leistungen auferlegt in einem zumutbaren Umfang; denn wir betrachten sie bewußt als die Hauptträgerin der Ernährungswirtschaft unserer Deutschen Demokratischen Republik. Das gibt ihr Garantien für einen sicheren Bestand an die Hand.

Wie völlig anders ist die Lage unserer westdeutschen Bauernschaft! Sie kämpft erbittert gegen die sie überflutende ausländische Konkurrenz und ist schon jetzt in einer Lage — und zwar ganz zweifelsfrei —, die sich von der Krisenzeit in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg in keiner Weise unterscheidet. Es ist kein Zufall, daß zum Beispiel der Handelsvertragsabschluß zwischen Frankreich und der westdeutschen Bundesrepublik Verzögerungen erfuhr infolge der Ablehnung der vorgesehenen Importe an landwirtschaftlichen Erzeugnissen durch die westdeutsche Landwirtschaft. Es ist keine Frage, daß die Vertreter der westdeutschen Landwirtschaft und Agrarwissenschaft sich etwas dabei dachten, wenn sie bei der kürzlich durchgeführten gesamtdeutschen Tagung der Land- und Forstwirtschaft von der nationalen Not des deutschen Volkes sprachen und verlangten, daß die Oberhoheit über den innerdeutschen Handel und den deutschen Außenhandel in die Hand des deutschen Volkes zurückzugeben sei. Wir haben an Hand von Informationsmaterial — der westdeutschen Presse entnommen — interessante Stellungnahmen sowohl landwirtschaftlicher Organisationen und Kammern wie selbst des Bundesernährungsministers Dr. Niklas finden können, der immerhin gegen die jetzt sooft proklamierte Liberalisierung des Handels recht erhebliche Bedenken äußert, wenn er davon spricht, daß sie für die Landwirtschaft mindestens den teilweisen Abbau einer Schutzmauer bedeute, die sich seit langen Jahren bewährt habe und auf die die Landwirtschaft eingestellt sei.

Wer die Debatten innerhalb der westdeutschen Ernährungswirtschaft sorgfältig verfolgt, wird immer wieder feststellen können, daß die Entwicklung auf Lösungen zudrängt, die wir seit Jahren hier bereits verwirklicht haben und auf die gar nicht verzichtet werden kann, wenn es gelingen soll, nicht nur die ganze Volkswirtschaft, sondern auch die Landwirtschaft in ihr entwicklungsfähig und krisenfest zu machen. Das berechtigt uns zu der Auffassung, daß wir den richtigen Weg gehen, und das gibt uns die Gewißheit, daß wir — auf Gesamtdeutschland gesehen — am längeren Hebel sitzen und daß die Republik mit Recht der Meinung ist, daß diese, ihre Grundsätze, die auch in dem vorliegenden Gesetz zum Ausdruck kommen, Geltung für die wirtschaftspolitische Entwicklung ganz Deutschlands beanspruchen dürfen.

Wir wissen allerdings, daß die Voraussetzung für diesen unseren sicheren Weg in Westdeutschland die Änderung der bestehenden politischen Verhältnisse ist, daß politische Nutzenwendungen aus der Geschichte der

letzten Jahrzehnte gezogen werden und daß man sich auf die sich selbst aufdrängende Frage der nationalen Unabhängigkeit und Einheit besinnt. So finden Sie, meine Damen und Herren, aus dem Gesetz heraus sogar die Brücke zum Aufgabenbereich und zur Zielsetzung der Nationalen Front.

(Lebhafter Beifall)

Präsident Dieckmann:

Wir treten nun in die Beratung der Vorlage ein. Als Berichterstatter für den Ausschuß hat Herr Abgeordneter Qhwalek das Wort.

Abg. Chwalek (FDGB/FDJ u. a.), Berichterstatter:

Meine Damen und Herren! Nach den Ausführungen, die Sie soeben über den Gesetzentwurf von dem Herrn Minister für Handel und Versorgung gehört haben, will ich hervorheben, daß der Wirtschaftsausschuß und der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft in einer gemeinsamen Sitzung am 16. Februar 1950 zu dem Gesetzentwurf Stellung genommen haben. Nach eingehender Beratung haben beide Ausschüsse die Überzeugung gewonnen, daß die in dem Gesetz festgelegten Grundsätze eine fortschrittliche Entwicklung unserer gesamten Erfassungstätigkeit landwirtschaftlicher Erzeugnisse gewährleisten und daß sie sowohl im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit der bäuerlichen Wirtschaften als auch auf die Notwendigkeit der Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln richtig sind.

Durch dieses Gesetz ist die Gesamtzielsetzung unseres Volkswirtschaftsplanes in Richtung auf die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung erkennbar und wird der Weg für die unrationierte Warenverteilung, außer Fett und Fleisch, vorbereitet. Voraussetzung für die weitere Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung und für die Aufhebung der Rationierung, außer für Fett und Fleisch, ist die Erfüllung und Übererfüllung unseres Volkswirtschaftsplanes und insbesondere die weitere Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. Die verbesserte Zuweisung von Düngemitteln, die Unterstützung durch die gegenseitige Bauernhilfe und in immer stärkerem Maße durch die MAS sowie die erhöhte Ergiebigkeit der Landwirtschaft werden die Voraussetzung dafür schaffen, daß der entsprechende Mehrbedarf an Lebensmitteln aller Art durch eine erhöhte Bereitstellung von landwirtschaftlichen Produkten durch die bäuerlichen Betriebe gesichert wird. Von unseren Bauern wird es also entscheidend abhängen, daß wir auch hier aus eigener Kraftanstrengung durch unrationierte Verteilung der Lebensmittel unser Leben weiter verbessern können.

Die sich aus der Durchführung des Gesetzes ergebende Beseitigung der zur Zeit bestehenden großen Unterschiede zwischen den Preisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse und denen für die industriellen Erzeugnisse des landwirtschaftlichen Bedarfs) wird eine weitere Fundierung der wirtschaftlichen Existenz der Bauernwirtschaften der Deutschen Demokratischen Republik mit sich bringen. Der volle Absatz ihrer Produkte ist in jedem Fall garantiert. Die Bauern in unserer Deutschen Demokratischen Republik sehen ihre Existenz im Gegensatz zu den westdeutschen Bauern nicht gefährdet. Durch unsere geplante Wirtschaft und die Zusammenarbeit der Regierung und -der Industriearbeiterschaft erstet zum ersten Male in der Geschichte Deutschlands eine Verbundenheit zwischen Stadt und Land mit der Zielsetzung des gemeinsamen Wohlstandes des gesamten deutschen Volkes.

Wenn in dem Gesetz die Notwendigkeit ausgesprochen wird, daß die Preise für eine Reihe landwirtschaftlicher Erzeugnisse erhöht werden und die Herstellung volkswirtschaftlich gesunder Preisverhältnisse